

**Albrecht Kieser, Rheinisches JournalistInnenbüro Köln**

*email: [rjb-koeln@t-online.de](mailto:rjb-koeln@t-online.de)*

**WDR 3, Tageszeichen**

**Sendedatum: 21.7.05**

**Sendelänge: 5'**

## ***Humorstau in Bochum*** **Razzia gegen „Labournet“**

Die Besuche kamen überraschend und zeitgleich: Am 5. Juli um 6.30 Uhr morgens klopfen Polizeibeamte der Staatsanwaltschaft Bochum, mit einem richterlichen Beschluss eines ortsansässigen Amtsrichters in der Tasche, an drei verschiedenen Wohnungstüren und begeherten Einlass. Die Wohnungen wurden durchsucht, sämtliche angetroffenen Computer, CD-Roms, Disketten und einige Aktenordner wurden beschlagnahmt und abtransportiert.

Ein Schlag gegen das organisierte Verbrechen? Ein geballter Zugriff auf Wirtschafts- und Bestechungskriminelle? Eine konzertierte Aktion gegen die terroristische Gefahr?

Tatsächlich ging es, so die Staatsanwaltschaft Bochum, um das bislang noch nicht in Erscheinung getretene „Kommando Paul Lafargue“. Dieses Kommando hatte Ende 2004 etwa tausend Sprengsätze in Bochumer Haushalten abgelegt. Zwar nicht aus Metall oder Plastik und mit Schwarzpulver oder moderneren explosiven Mischungen gefüllt. Dafür aber aus Papier und bedruckt und somit gefährlicher, was jede Staatsanwaltschaft weiß, die historisch einigermaßen bewandert ist. In den Postwurfsendungen, die einem amtlichen Schreiben der Bundesagentur für Arbeit täuschend ähnlich sahen, wurden die Haushalte dazu aufgefordert, in ihren vier Wänden Eineuro-Jobs zu schaffen. Für die „Kinderbetreuung, zum Schneefegen oder für kleinere Reparaturarbeiten“, wie es im Schreiben hieß. Eigentlich ein ehrbares Unterfangen, sollte man meinen, die 600.000 von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Eineurojobs sind ja bis heute nicht zusammen.

Aber die Arbeitsagentur sah das anders und stellte Strafantrag gegen Paul Lafargue bzw. gegen Unbekannt. Wegen Urkundenfälschung.

Das fand die Staatsanwaltschaft auch, wollte das Delikt – wie es sich gehört – verfolgen und ging zum Amtsrichter, der den Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss ausstellte. Aber gegen wen? Einen Paul Lafargue gibt es nicht in Bochum, darüber hatte die verantwortliche Strafverfolgungsbehörde wohl ein Blick ins Internet belehrt. Und auch Karl Marx, Pauls Schwiegervater, lebt ja nicht mehr in Bochum und auch nicht anderswo. Aber im Internet wurden die findigen Surfer dann doch fündig. Da hat sich nämlich das „Labournet“ positioniert, eine kapitalismuskritische, linksgewerkschaftliche Informationsplattform mit eindeutig marxistischem, mitunter auch Lafargue'schem Gedankengut. Obzwar, das mag irritiert haben, „Labournet“ englisch ist und nicht französisch bzw. deutsch. Aber in

einer globalisierten, multisprachlichen Welt ...! Und drei der Verantwortlichen des eingetragenen Vereins „Labournet“ mit dem Satzungszweck Informationsverbreitung haben ihren angemeldeten Wohnsitz in Bochum. Das sollte reichen.

Und es reichte: Pressefreiheit hin, Verhältnismäßigkeit her – die drei Verantwortlichen wurden nicht etwa ins Polizeipräsidium geladen, um zu dem behaupteten Anfangsverdacht, sie seien's gewesen, Stellung zu nehmen oder sie vielleicht auch erst einmal zu befragen, ob sie denn Herrn Lafargue oder das gleichnamige Kommando kennen würden. Nein. Die Staatsanwaltschaft ließ dreifach die Polizei ausrücken und holte sich das Material, ohne das heute Informationsweitergabe und Presse nicht stattfinden kann: Computer, CD-Roms, Kassetten.

„Labournet“ arbeitet seit über sieben Jahren als Informationsschaltstelle der kritischen Gewerkschaftslinken und verzeichnet mittlerweile monatlich 100.000 Zugriffe auf sein Portal. Die Verbindungen reichen in die globalisierungskritische Bewegung „Attac“, enge Kontakte bestehen zu den 3.Welt-Solidaritätsgruppen und in die Friedensbewegung. Aber vernetzt werden eben auch Beschäftigte in Betrieben und Verwaltungen, die – häufig klandestin – Informationen über das Geschehen in ihren Bereichen weiter geben. So wie das eben ist, wenn man sich vor Entlassungen fürchten muss, weil man anderen über die eigenen Arbeitsverhältnisse berichtet. Mag Wompel, eine der Verantwortlichen von „Labournet“, ist freiberufliche Journalistin; ihr haben zahlreiche Beschäftigte von ihren Arbeits- und Lohnbedingungen erzählt. Besonders über eine der größten und unrühmlichsten Personalagenturen in Deutschland, „Maatwerk“, die bis zu ihrer Pleite vertrauensvoller Partner der Arbeitsagentur gewesen ist. Die Berichte der Beschäftigten, auch von „Maatwerk“, sind Grundlage von Veröffentlichungen in verschiedenen Medien und auch bei „Labournet“. Durch die Beschlagnahme aller Unterlagen von „Labournet“ ist ihr presserechtlich verbrieft Informantenschutz nicht mehr gewährleistet.

Das könnte die Bochumer Posse zur Tragödie werden lassen: weil nicht nur die Presse- und Informationsfreiheit sondern auch der Informantenschutz von der Staatsanwaltschaft ausgehebelt wurde – wegen eines unziemlichen Flugblattes mit gefaktem Briefkopf von Paul Lafargue bzw. seinen Nachkommen. Die sich übrigens zu ihrer Tat mit bitteren Worten bekannten; weil sie bei der Arbeitsagentur Bochum zu zahlreichen Nachfragen von Privathaushalten nach billigen Hilfen führte. Zitat: „Das Kommando Paul Lafargue möchte allen seine tiefste Missachtung aussprechen, die sich bei der Arbeitsagentur nach Ein-Euro-Sklaven erkundigt oder dies in Erwägung gezogen haben. Ihr seid blöde Arschlöcher!“ Zitat Ende.